

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



02. Juni 2022

EL SALVADOR: PRÄSIDENT BUKELE STÜRZT DAS LAND NACH DREI JAHREN REGIERUNGSZEIT IN EINE MENSCHENRECHTSKRISE

Während des gegenwärtigen Ausnahmezustandes haben die salvadorianischen Behörden massive Menschenrechtsverletzungen begangen, darunter tausende von willkürlichen Verhaftungen und Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren sowie Folter und Misshandlungen. Mindestens 18 Menschen sind in staatlichem Gewahrsam gestorben, sagte Amnesty International heute im Anschluss an Recherchen zur Krise im Land. Die Regierung von Präsident Bukele verhängte am 27. März 2022 einen Ausnahmezustand, nachdem die Zahl der mutmaßlich von kriminellen Banden begangenen Morde in die Höhe geschneit war, und verlängerte ihn seitdem zweimal.

"Vor drei Jahren trafen wir uns mit Präsident Nayib Bukele und er [versprach, die Menschenrechte zu achten](#). Seitdem hat er jedoch wiederholt sein Versprechen nicht gehalten", sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

"Unter dem Vorwand, die kriminellen Banden zu bestrafen, begehen die salvadorianischen Behörden im ganzen Land ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen und kriminalisieren Menschen, die in Armut leben. Anstatt eine wirksame Antwort auf die dramatische, von Banden verursachte Gewalt und die historischen Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit des Landes zu geben, setzen sie das salvadorianische Volk einer Tragödie aus. Die Opfer von Bandengewalt benötigen dringend Gerechtigkeit, aber das kann nur durch solide Ermittlungen und faire Prozesse erreicht werden, die ordnungsgemäße Gerichtsverfahren und eine rechtskräftige Verurteilung gewährleisten."

In den vergangenen Wochen hat ein Krisenreaktionsteam von Amnesty International 28 Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die 34 Personen betrafen, akribisch dokumentiert. Das Team hat Interviews mit den Opfern und ihren Familien, Menschenrechtsorganisationen, Journalist*innen, Personen, die derzeit oder früher in der Justizverwaltung beschäftigt waren, sowie mit Gemeindevertreter*innen geführt. Darüber hinaus bat die Organisation um Treffen mit verschiedenen Behörden, darunter auch mit Präsident Nayib Bukele.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Willkürliche Inhaftierung, unrechtmäßiger Freiheitsentzug und rechtliche Garantien

Der Ausnahmezustand, die jüngsten Änderungen des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung sowie deren Umsetzung in diesem Zusammenhang durch Sondergerichte, Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft haben die Rechte auf Verteidigung, Unschuldsvermutung, einen wirksamen Rechtsbehelf und den Zugang zu einem unabhängigen Richter ausgehöhlt. Gemäß internationaler Menschenrechtsnormen, die für die salvadorianischen Behörden verbindlich sind, dürfen diese Rechte nicht eingeschränkt werden, auch nicht im Ausnahmezustand.

Amnesty International hat festgestellt, dass tausende von Menschen inhaftiert werden, ohne dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt wären. Weder liegt ein behördlicher noch ein richterlicher Haftbefehl vor und die Person wurde auch nicht in flagranti festgenommen. Sie werden nur deshalb verhaftet, weil die Behörden sie - nach den stigmatisierenden Reden der Bukele-Regierung - als Kriminelle betrachten, weil sie tätowiert sind, weil sie von Dritten beschuldigt werden, angebliche Verbindungen zu einer Bande zu haben, weil sie mit jemandem verwandt sind oder eine Kontaktperson haben, die einer Bande angehört, weil sie in irgendeiner Weise vorbestraft sind oder einfach, weil sie in einem Gebiet leben, das von Banden kontrolliert wird, und das sind genau die Gebiete, in denen die Marginalisierung am größten ist und die in der Vergangenheit vom Staat im Stich gelassen wurden.

Nach der Verhaftung werden die Betroffenen in Gewahrsam genommen. Bei der gerichtlichen Anhörung wird den meisten von ihnen die Mitgliedschaft in einer "illegalen Gruppe" vorgeworfen, ein Verbrechen, das mit [20 bis 30 Jahren](#) Haft bestraft werden kann. Während der Haft und vor der Vorführung vor einen Richter (was in der Regel erst nach 15 Tagen Haft erfolgt, nachdem die verfassungsmäßige Höchstdauer der "Verwaltungshaft" von 72 Stunden im Rahmen des Ausnahmezustands aufgehoben worden war) haben die Inhaftierten in der Regel keinen Kontakt zu Rechtsvertreter_innen, noch nicht einmal kurz vor der Anhörung, oder wenn doch, dann nur für wenige Minuten. Zudem hat nur eine kleine Minderheit Zugang zu privaten Verteidiger_innen und diese haben keine Akteneinsicht und wissen nicht, welche Informationen die Staatsanwaltschaft eingereicht hat. Bei diesen Anhörungen können bis zu 500 Personen gleichzeitig angeklagt werden und die Verfahren werden summarisch abgewickelt. Praktisch alle Angeklagten werden strafrechtlich verfolgt, auch wenn es keine Beweise gibt.

In praktisch allen von Amnesty International dokumentierten Fällen gaben die Menschen an, dass sie zeitweise nicht wussten, wo ihre Angehörigen festgehalten werden. In mindestens einem Fall wissen sie es immer noch nicht, was den Tatbestand des gewaltsamen Verschwindenlassens darstellen könnte. Dies hat [Dutzende](#) von Menschen dazu veranlasst, bei der Verfassungskammer einen Antrag auf Erscheinen vor Gericht (Habeas Corpus) zu stellen. Menschenrechtsorganisationen haben jedoch berichtet, dass es bisher keine Fortschritte in diesen Verfahren gegeben hat.

In einem Fall verhaftete die Polizei Anfang April eine alleinerziehende Frau, die als Lebensmittelverkäuferin arbeitet, ohne Haft- oder Durchsuchungsbefehl in ihrer Wohnung, weil sie angeblich Mitglied einer Bande sei. Bei der Gerichtsverhandlung, bei der mehr als 500 Personen gleichzeitig abgeurteilt wurden, verhängte das Sondergericht Untersuchungshaft gegen sie wegen des Verbrechens der Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppe, obwohl es nach Angaben ihrer Familie keine Beweise dafür gibt. Vor Jahren hatte die Polizei die Verkäuferin bereits unter demselben Vorwurf verhaftet und sie in der Haft schwer geschlagen. Da die Polizei die Vorwürfe nicht beweisen konnte, erhielt sie damals eine finanzielle Entschädigung, nachdem sie die Polizisten wegen Amtsmissbrauchs angezeigt hatte. Seitdem waren sie und ihre Kinder aufgrund der ständigen Drohungen der Polizei von ihrem Wohnort vertrieben worden. Die Verkäuferin und ihre Familie waren erst einige Monate vor ihrer erneuten Verhaftung im April in ihr Haus zurückgekehrt.

Ihre Tochter berichtete, dass die örtliche Polizei am nächsten Tag zum Haus zurückkehrte und ihr eine Pistole an den Kopf hielt und drohte, dass sie die Nächste sein werde. Im Mai wurde die junge Frau von denselben Polizeibeamten verhaftet, die auch ihre Mutter verhaftet und bedroht hatten. Amnesty International dokumentierte zwei weitere Fälle, bei denen die kürzlich verhafteten Opfer in den vergangenen Jahren Polizeiübergriffe bei Gericht angezeigt hatten.



"Es ist alarmierend zu sehen, wie die drei Staatsgewalten, einschließlich der Justiz, in äußerst koordinierter Weise vorgehen, um tausende von Menschen in einer summarischen, illegalen und wahllosen Weise zu verfolgen. Die politische Instrumentalisierung der Organe, die Gerechtigkeit garantieren sollen, untergräbt die Rechtsstaatlichkeit und erleichtert die Verübung schwerer Menschenrechtsverletzungen und sogar von Verbrechen unter dem Völkerrecht", so Erika Guevara-Rosas.

"Die Verhaftung und strafrechtliche Verfolgung von mehr als 35.000 Menschen ohne ordnungsgemäßes Verfahren in weniger als drei Monaten wäre nicht möglich gewesen, wenn die Justizbehörden ihren Auftrag erfüllt hätten. Stattdessen machen sie sich zu Komplizen einer auf höchster Ebene angeordneten Politik der öffentlichen Sicherheit, die unveräußerliche Menschenrechte mit Füßen tritt und die weit verbreitete und ungerechte Verfolgung und Inhaftierung von in Armut lebenden Menschen als notwendiges Übel akzeptiert."

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Amnesty International hat Fälle von Folter und Misshandlung in Haftanstalten dokumentiert. Die gesammelten Aussagen zeigen das Ausmaß der Kontrolle, die Bandenmitglieder in den Zellen ausüben, und die extreme Überbelegung, die zu Verletzungen des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie zu unhygienischen Bedingungen, Nahrungsmittelknappheit und mangelnder Grundhygiene führen und die Gesundheit der Inhaftierten ernsthaft beeinträchtigen. Ende Mai [berichteten](#) lokale Medien, dass sich aufgrund der Zunahme der Verhaftungen 1,7% der Bevölkerung des Landes über 18 Jahren in Haft befanden, was zu einer Überbelegung von über 250% der Gefängnis Kapazität führte.

In einem Fall wurde ein 16-jähriger Jugendlicher am 29. April von Mitgliedern der Polizei und der Streitkräfte verhaftet und 13 Tage lang festgehalten, weil ihm die Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppe vorgeworfen wurde. In der ersten Nacht wurde er in einem Polizeigewahrsam für Erwachsene an die Wand gekettet und nach eigenen Angaben von Polizeibeamten verprügelt. Später wurde er in ein Jugendgefängnis verlegt, wo Mitglieder einer Bande, mit denen er eine Zelle teilte, ihn wiederholt folterten, ihm Schläge gegen den Kopf und das Gesicht versetzten, ihn in die Brust, den Unterleib und die Beine traten und ihn ständig bedrohten. Er sagte, sie hätten ihm auch einen Beutel mit Urin an den Kopf geworfen. Er sagte, dass die Beamten in der Einrichtung von diesen Folterungen und Misshandlungen wussten und sie duldeten.

Bis zum 28. Mai starben Berichten zufolge mindestens [18 Menschen](#) während des Ausnahmezustands in staatlichem Gewahrsam. Angesichts der prekären Haftbedingungen besteht die begründete Befürchtung, dass die Zahl der Todesopfer in den kommenden Tagen noch steigen könnte.

Amnesty International dokumentierte den Tod von William Alexander Galeas Gonzales, 36 Jahre alt, der am 13. April zusammen mit seiner Mutter und seiner Schwester wegen angeblicher Verbindungen zu Banden inhaftiert wurde. Am 12. Mai besuchte ein Bestattungsunternehmen die Familie, um sie über den Tod von William zu informieren, mit dem die Familie seit seiner Inhaftierung keinen Kontakt mehr hatte. Bis heute hat keine Behörde sie über den Tod informiert oder Kontakt zu ihnen aufgenommen. Einem Dokument des Instituts für Gerichtsmedizin zufolge weist der gerichtsmedizinische Bericht auf ein Lungenödem als vorläufige Todesursache hin. Die Familie berichtete, dass sie bei der Untersuchung der Leiche mehrere Blutergüsse festgestellt habe.

"Diese Todesfälle in staatlichem Gewahrsam sind der ultimative Ausdruck der Grausamkeit einer Politik, die mit der vorgeblichen Rechtfertigung durchgeführt wird, die Gewalt im Land um jeden Preis zu reduzieren. Die salvadorianischen Behörden müssen alle unvorhergesehenen Todesfälle sofort untersuchen und dürfen keinen einzigen mehr zulassen", so Erika Guevara-Rosas.

Rechte von Kindern und Jugendlichen

Nach Angaben des salvadorianischen Instituts für die umfassende Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wurden zwischen dem 27. März und dem 17. Mai mindestens 1.190 Personen unter 18



Jahren festgenommen und in Jugendstrafanstalten inhaftiert. Den meisten wurde die Mitgliedschaft in illegalen Gruppen oder terroristischen Organisationen vorgeworfen.

Amnesty International dokumentierte den Fall von zwei Cousins im Alter von 14 und 15 Jahren, die beide am 26. April festgenommen wurden, als sie vor ihrem Haus in Ilopango spielten. Ihre Familien berichteten, dass die Polizeibeamten sie beschuldigten, "wie Kriminelle auszusehen" ("cara de malandros"), ohne eine weitere Begründung für ihre Inhaftierung zu geben; außerdem sagten sie den Müttern, dass ihre Kinder 30 Jahre in Haft verbringen werden. Seitdem konnten die Mütter nicht mehr mit ihnen sprechen und haben kaum Informationen über das Strafverfahren, das ihnen bevorsteht. Sie sagen, dass der ihnen zugewiesene Pflichtverteidiger ihnen nur sehr wenige Informationen gab und sich bei der Anhörung kaum für ihre Kinder einsetzte.

Journalist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Justizbeamte_innen

Amnesty International sprach mit fünf salvadorianischen Journalist_innen, von denen drei aufgrund von Schikanen durch den Staat oder Dritte umziehen oder das Land verlassen mussten. Zwei berichteten, dass sie zuverlässige Informationen über mögliche strafrechtliche Ermittlungen gegen sie als eine Form der Vergeltung erhalten hatten. Im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand wurden nicht nur Gesetzesänderungen verabschiedet, die Personen, die über das Phänomen der Banden berichten, der Gefahr einer Kriminalisierung und möglicher Haftstrafen von bis zu [15 Jahren](#) aussetzen. Darüber hinaus haben [Staatsbedienstete](#) und die [offiziellen Medien](#) öffentlich Journalist_innen und Recherchierende beschuldigt, Verbindungen zu Banden zu haben, um sie zu stigmatisieren und von ihrer Arbeit als Journalist_innen abzuhalten, ohne Beweise für diese Behauptungen zu haben.

Am 11. April twitterte Präsident Bukele, dass Juan Martínez, ein Wissenschaftler und Anthropologe, der sich auf Gewalt und Banden spezialisiert hat, "[Müll](#)" sei, nachdem dieser sich in einem Interview über das Phänomen der Banden im Land geäußert hatte. Juan Martínez erklärte gegenüber Amnesty International, dass die Behörden versuchen, den Journalismus zum Schweigen zu bringen und ins Exil zu treiben sowie die jüngsten investigativen journalistischen Arbeiten zu diskreditieren, die auf die Existenz geheimer Verhandlungen zwischen der Regierung und den Banden hinweisen. Nur wenige Stunden, nachdem Präsident Bukele Juan Martínez öffentlich verunglimpft hatte, [beschuldigte](#) der Direktor der Strafvollzugsbehörde die Journalist_innen der Zeitung El Faro, Terroristen, Sprecher der Banden und deren Söldner zu sein.

In ähnlicher Weise haben Beamte auf höchster Ebene [Menschenrechtsorganisationen](#) öffentlich [beschuldigt](#), die von den Banden verursachte Kriminalität zu unterstützen. Darüber hinaus berichtete das salvadorianische Netzwerk der Menschenrechtsverteidiger_innen über die Verhaftung von sechs Gemeindevorsteher_innen aus der Gemeinde Jiquilisco in Usulután im Rahmen des Ausnahmezustands. Die Behörden hatten sie unter Hausarrest gestellt, ohne Angabe von Gründen, und sie wurden anschließend beschuldigt, Verbindungen zu Banden zu unterhalten.

In einem anderen Fall dokumentierte Amnesty International die Inhaftierung von vier Gewerkschafter_innen, darunter Dolores Almendares, die im Rathaus von Cuscatancingo arbeitet und Generalsekretärin der Gewerkschaft SETRAMUC ist. Sie wurde am 6. Mai verhaftet, als sie mit einer Armverletzung krankgeschrieben war. Sie wurde unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppe angeklagt und in Untersuchungshaft genommen, aber ihre Familie und ihre Gewerkschaftskolleg_innen glauben, dass die Verhaftung mit ihrem Einsatz für die Rechte der Arbeitnehmer_innen zusammenhängen könnte.

Darüber hinaus sprach Amnesty International mit zwei ehemaligen Justizbeamten und einem amtierenden Richter, die die Angriffe auf die richterliche Unabhängigkeit schilderten, denen sich die an der Rechtspflege Beteiligten ausgesetzt sehen. Dazu gehören Maßregelungen und Anweisungen hochrangiger Justizbeamter, die sie aufforderten, die unter dem Ausnahmezustand Angeklagten nicht freizusprechen und regelmäßig Untersuchungshaft zu verhängen.

"Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen erfordert eine starke und sofortige Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission und die Schutzmechanismen der



Vereinten Nationen müssen Zugang zu dem Land und insbesondere zu den Haftanstalten und den Gerichtsverhandlungen erhalten, damit sie die allgemeine Lage in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte überprüfen können", so Erika Guevara-Rosas.

"Wir fordern die Regierung von Präsident Bukele auf, die jüngsten Maßnahmen, die gegen die Menschenrechte verstoßen, unverzüglich rückgängig zu machen und einen Dialog mit nationalen und internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte aufzunehmen, um eine wirksame und die Menschenrechte achtende Politik der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln."

Bitte werden Sie aktiv!

Online-Petition in englisch

<https://www.amnesty.org/en/petition/thousands-of-people-detained-and-in-extreme-conditions/>

Online-Petition in spanisch

<https://www.amnesty.org/es/petition/miles-de-personas-detenidas-y-en-condiciones-extremas/>

Weitere Informationen:

[El Salvador: Der Ausnahmezustand hat einen Orkan von Menschenrechtsverletzungen ausgelöst](#)

Pressemeldung, 25. April 2022

[El Salvador: Die Gewaltsituation erfordert umfassende Maßnahmen, die die Menschenrechte respektieren](#)

Pressemeldung vom 01. April 2022

[El Salvador: Offener Brief an den Präsidenten von El Salvador Nayib Bukele](#)

AI-Index: AMR 41/5433/2022, 01. April 2022

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: President Bukele engulfs the country in a human rights crisis after three years in government

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/06/el-salvador-president-bukele-human-rights-crisis/>

Spanische Version:

El Salvador: El presidente Bukele sumerge al país en una crisis de derechos humanos luego de tres años de gobierno

<https://www.amnesty.org/es/latest/news/2022/06/el-salvador-president-bukele-human-rights-crisis/>

